

Hildebrandt, Eckart

Article

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Uni-Journal: Deutschlands größtes Magazin für Studenten

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1983) : Auf der Suche nach der verlorenen Zeit, Uni-Journal: Deutschlands größtes Magazin für Studenten, ISSN 0179-9088, Garamont Verl.-Ges, Essen, Iss. 5, pp. 4-8

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123005>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

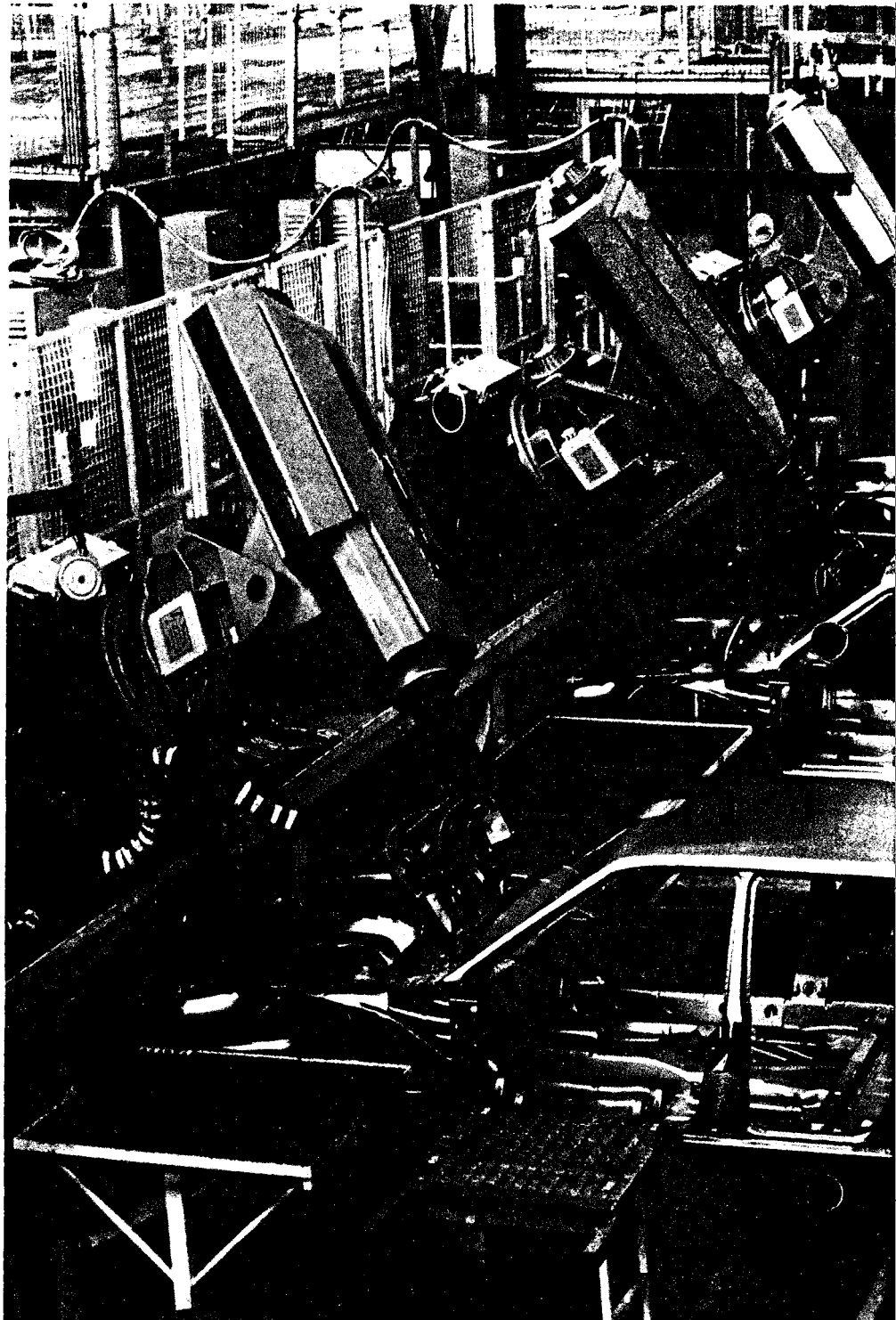
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Gesellschaftlich stehen wir vor einer zunehmenden Ungleichverteilung formeller Arbeit (Lohnarbeit), monetärem Einkommen und verfügbarer Zeit. Alle drei Faktoren zusammen sind ein Indikator für gesellschaftlichen bzw. individuellen Reichtum. Reichtum wird dabei als Sicherung der grundlegenden materiellen Lebensnotwendigkeiten und darüber hinaus als Gestaltungsfreiheit für ein Leben nach menschlichen Bedürfnissen verstanden. Arbeitslosigkeit und Armut sind in unserer Gesellschaft Formen ökonomisch begründeter Unfreiheit, die von sozialer und politischer Unfreiheit begleitet werden. Über dieses Verständnis hinausgehend ist in den industrialisierten Staaten zunehmend deutlich geworden, daß die weitgehende Realisierung des Arbeits- und Einkommensziels von der Einschränkung der dritten Freiheit, der freien Verfügung über Zeit, begleitet sein kann.

Lohnarbeit für alle und die Steigerung des Einkommens- und Konsumtionsniveaus gingen parallel mit einer Verschärfung des Zeitregimes in den Arbeitstätigkeiten und einer zunehmenden Zeitrigidität in der sog. Freizeit, was den Anteil im eigentlichen Sinne „freier Zeit“ historisch verringert hat. Während also die alten Ziele der Vollbeschäftigung (Recht auf Arbeit) und des Mindesteinkommens für alle (als selbsterwirtschaftetes Einkommen oder über sozialstaatliche Umverteilung) fortbestehen, aber historisch gesehen die individuelle Arbeitszeit verkürzt wurde, beginnt sich die Einstellung zur Zeit zu verändern. Die Hauptursache dafür dürfte darin liegen, daß Arbeitszeit und Freizeit zunehmend subsumiert sind unter vorbestimmte Abläufe in der Arbeitstätigkeit und Zwänge in der privaten Reproduktion. Neben dem steigenden Zeitaufwand zur individuellen Organisation von Wohnen, Ernährung und Transport wird einer zunehmenden Zahl von Menschen bewußt, daß Erholung, Vergnügen, Spiel, Bildung in ihrer vermarkteten Form nicht das bringen, was man sich erwartet, was man eigentlich braucht. Die Suche nach immer ausgeklügelteren Formen der Entspannung bzw. des „entspannenden Reißers“ und die wachsende psychische Verelendung sind zwei Seiten dieser Entwicklung. Lohnarbeit wird zunehmend als stressig, monoton und fremdbestimmt erfahren.

Eine ruhige, human gestaltete und befriedigende Arbeit mit sozial nützlichen Resultaten wird zum höchsten und immer weniger erreichbaren Ziel der Arbeitsgesellschaft.

Dieser Erkenntnisprozeß findet in einer Entwicklungsphase der industriellen Welt statt, in der die Ökonomie immer mehr Arbeit als Lohnarbeit überflüssig macht. Enorme Arbeitslosigkeitsraten in den Ländern der dritten Welt, erhebliche Dauer- und Massenarbeitslosigkeit in den Industriestaaten, das Zunehmen von Teilzeitarbeit, Kurzarbeit etc. signalisieren die Unfähigkeit der Weltwirtschaft, auch nur die Mehrheit der Arbeitsbevölkerung zu ihren Bedingungen beschäftigen zu können. Damit geht ein alter Traum der Arbeiterbewegung in Erfüllung, nur mit falschem Resultat. Deren Grundidee war einfach und faszinierend: ein steigender Teil der Arbeitsbevölkerung wird in die privatwirtschaftlich-staatlichen Produktionsprozesse einbezogen, erzielt damit ein ausreichendes Einkommen und versorgt über ihre Produktion die Gesellschaft mit aus-



reichenden Gütern und Dienstleistungen. Die steigende Produktivität der Arbeit sorgt für steigende Einkommen und für eine Verbesserung des Versorgungsniveaus. Aufgrund der Steigerung der Produktivität wird es möglich, immer weniger Arbeitszeit auf die materielle Reproduktion der Gesellschaft zu verwenden. Dadurch kann die Arbeitszeit für alle verkürzt werden bis auf ein Niveau (z. B. zwei Stunden pro Tag), daß dieser Teil der Zeit für die Verwirklichung des Menschen kaum eine Rolle mehr spielt. Lebenszeit wird potentiell zur Freizeit, in der man „fischen und jagen kann“ oder auf was sonst immer man Lust hat. Ein historischer Prozeß der Arbeitszeitverkürzung, nimmt man die Durchschnittsarbeitszeit aller arbeitsfähigen Menschen, ist zweifellos eingetreten. Aber der Effekt der Arbeitsverkürzung ist nicht so eingetreten, sondern es scheinen nur zwei Extreme möglich: auf der einen Seite der vollbeschäftigte, olympiareife „Hochleister“, der sich zur

Auf der nach verloren

Eckart Hildebrandt*

* Eckart Hildebrandt ist Wiss. Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin und beschäftigt sich mit den Problemen der Arbeitspolitik.



Suche der men Zeit

Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit einen ganzen Hofstaat von bezahlten und unbezahlten Dienstleistern halten muß. Angefangen von einer funktionalen Familie, insbesondere funktionaler Ehefrau, über spezialisierte Ärzteteams bis hin zu Animatoren im Urlaub, die ihm die offenbar letzten Reize menschlichen Lebens erschließen.

Auf der anderen Seite der Arbeitslose, der „Versager“ im Leistungswettbewerb, der offensichtlich nirgends gebraucht wird und nichts Nützliches tun kann/darf, der kein Einkommen erzielt, unterhalten werden muß, der Gesellschaft Kosten verursacht und selbst dabei physisch und psychisch zerfällt. Diesen Extremtypen liegen einerseits reale Eigenschaften zugrunde (also Leistungsfähigkeit — Behinderung, Verschleiß, Verweigerung), andererseits sind sie Legitimationsfiguren für eine bestimmte Politik.

Daß diese Polarisierung stattfindet, ist alltäglich zu erfahren. Sie führt zu sehr

unterschiedlichen Interessen in der Arbeitszeitdiskussion. Zumindest ein Teil der Hochleister will weniger arbeiten und evtl. auf einen Teil seines Lohns verzichten; die Arbeitslosen wollen Arbeit, wenigstens etwas Arbeit. In diesem Zusammenhang, der Polarisierung der Arbeitszeitwünsche, verbunden mit ihren Arbeits-, Einkommens- und Freizeiteffekten, ist die aktuelle Diskussion um Arbeitszeitverkürzung zu sehen.

Aus diesen einleitenden Bemerkungen wird dreierlei ersichtlich:

erstens, daß Arbeitszeitverkürzung nicht eindimensional auf einen funktionalen Zusammenhang hin diskutiert werden kann (z.B. quantitative Beschäftigungswirkungen), sondern eine zentrale Stellung in der gesellschaftlichen und individuellen Organisation des Lebens einnimmt;

zweitens, daß in diesem Thema sehr unterschiedliche Interessen zusammenkommen je nach der Lebens- und Arbeitssituation der Betroffenen und *drittens*, daß der Mechanismus der Arbeitszeitverkürzung kein abstrakter ist, sondern vom zugrundeliegenden Gesellschaftssystem, ihrer Sozialstruktur und ihrer Wirtschaftsordnung geprägt wird. Nicht zuletzt muß auch gesehen werden, daß die Diskussion um Arbeitszeit auf verschiedenen Ebenen stattfindet und ihre eigene Bedeutung hat: auf der internationalen Ebene thematisiert sie das Gefälle zwischen armen und reichen Nationen; auf nationaler Ebene die sozialen Widersprüche zwischen den Beschäftigten einerseits und den arbeitslosen, psychisch und physisch verarmenden Bevölkerungsteilen andererseits (was auch zunehmend für Regionen gilt); auf der Ebene der Familie zwischen der arbeitslos-vollbeschäftigten Hausfrau, Kindern mit unsicherer Berufsperspektive und überforderten Familienernährer; auf der individuellen Ebene kollidiert das Bedürfnis nach beruflichem Status und gesichertem Einkommen mit dem Bedürfnis nach Erholung, Gesundheit und sinnvoller Tätigkeit.

All dies macht die Auseinandersetzung um die richtige Form der Arbeitszeitverkürzung und allein darum geht es, so komplex und zu einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ersten Ranges, in die alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen, aller Interessen berührt sind und in der ohne Umverteilung von materiellen Werten und von Wertvorstellungen nichts gewonnen werden kann.

II. Das persönliche Interesse an Arbeitszeitverkürzung

Nach meiner Auffassung ist Arbeitszeitverkürzung zuallererst eine persönliche Frage und hier scheint mir gerade die Diskussion am unterentwickeltesten. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung läßt sich nur führen und gegen starke gesellschaftliche Kräfte nur gewinnen, wenn die Betroffenen sich über ihre Forderung im Klaren sind und jeder Einzelne hinter dieser Forderung steht. Wenn man nun in persönlichen Gesprächen herumhorcht, trifft man in der Regel zwar auf relativ klare politische Optionen, die oft aber wenig mit den persönlichen Prioritäten zu tun haben. Und selbst klare persönliche Prioritäten sind selten, die realistisch auf die gegebenen Bedingungen abstellen. Viel häufiger findet sich

Hinweis auf die Auswirkungen der Verwendung von Mikroelektronik auf die Beschäftigungslage der 80er Jahre

Bereich	Beschäftigtenzahl 1977 in Mio	früherer Beschäftigungstrend (x)	Grad der Auswirkungen der Mikroelektronik auf den jeweiligen Bereich	Beschäftigungstrend in den 80er Jahren (x)
Landwirtschaft	23,5	↓	niedrig	↓
Bergbau	1,2	↓	niedrig	↓
Industrie	40,4	→	hoch	↓
Versorgung	1,4	→	niedrig	↓
Bau	11,5	→	niedrig	→
Handel, Hotel- u. Gaststättenwesen	22,2	→	niedrig	↑
Verkehrs- u. Nachrichtenwesen	9,7	→	hoch	↓
Finanzwesen	7,9	↑	hoch	↓
kollektive u. persönliche Dienstleistungen	28,9	↑	niedrig	↑
andere Dienstleistungen	0,5			

Quelle: EGI-Schätzungen
 (x) ↑ : jährliche Veränderung in % > 1 % ↓ : jährliche Veränderung in % < 1 %
 → : jährliche Veränderung +/- 1 %

Quelle: Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die Beschäftigung in Westeuropa während der 80er Jahre, 1979, S. 124

ein Bündel von Unzufriedenheit, das an allen Ecken mehr fordert: mehr Einkommen, mehr Zeit zur persönlichen Entfaltung und Verwirklichung in anderer Arbeit, in der Familie oder zur sonstigen freien Verfügung. Auch darüber, mit welcher Zeitregelung dies auch nur annähernd zu verwirklichen ist, besteht Unsicherheit: kürzere Tages-, Wochen- oder Jahresarbeitszeit, ein Sabbatjahr, kürzere Lebensarbeitszeit. Aus diesen Erfahrungen und Wünschen wird allerdings deutlich, daß derzeit ein großer Anteil der Zeit für Tätigkeiten aufgewandt wird, die zunehmend als Mittel zum Zweck gesehen werden, aber der Zweck nicht erreicht wird. So ist Lohnarbeit für viele Beschäftigte nur noch Mittel zum Zweck der Einkommenserzielung, Freizeit wird weitgehend für die Organisation der unmittelbaren Lebensbedürfnisse verbraucht, beides erscheint als verlorene Zeit.

Individuelle Möglichkeiten zur besseren Nutzung dieser notwendigen Zeit haben sich mit der Krise eher verschlechtert; die Wahl des Berufs und der Arbeitsstelle wird durch das geringe Angebot freier Stellen und die Konkurrenz der Bewerber eingeschränkt; die Arbeitsverhältnisse werden eher rigider gehandhabt und die neuen Produktions- und Verwaltungstechnologien gestalten für die Mehrzahl der Beschäftigten die Tätigkeiten einseitiger und deterministischer. Der individuelle Gestaltungsspielraum in Arbeits- und Reproduktionszeit nimmt ab.

Von daher kann es nicht verwundern, daß von einer zunehmenden Zahl von insbesondere jüngeren Leuten „utopische Entwürfe“ einer anderen Arbeits- und Zeitorganisation verfolgt und in einzelnen Alternativbetrieben auch experimentell ausgeführt werden. Die realistischen Möglichkeiten der Arbeits- und Zeitveränderung im formellen Wirtschaftssektor erscheinen — gemessen an der Radikalität der Bedürfnisse und Ideen — so punktuell und marginal, daß Gewerkschaftspolitik im traditionellen Rahmen von einem starken Bedeutungsverlust bedroht ist. Wir sehen also von Seiten der fundamentalen Krise der

Industriegesellschaft und der damit einhergehenden Veränderungen von Arbeits- und Zeitorientierungen die historisch gewachsenen Themen und Politikformen der Arbeiterbewegung fundamental infragegestellt. Obwohl die Arbeitszeitfrage zu den ältesten und zentralen Themen der Arbeiterbewegung gehört, muß sie unter den neuen Bedingungen neu diskutiert und erprobt werden.

Gerade aber in einer akuten Krisensituation, d.h. der Existenzbedrohung ganzer Regionen der Dritten Welt und zunehmenden Bevölkerungsteile in den Industriestaaten durch Arbeitslosigkeit und Unterversorgung, müssen schnell generalisierende und übergreifende Politiken entwickelt werden, die den bedrohtesten Bevölkerungsteilen helfen, den Druck der Reservearmee auf die anderen Arbeitsverhältnisse abschwächen, gewerkschaftliche Politik stabilisieren und politisch autoritären Tendenzen entgegenwirken. Nur dadurch wird die Fortsetzung einer umfassenden, emanzipatorischen Arbeitszeitdiskussion für die Zukunft gewährleistet. Allerdings folgt aus dem Gesagten, daß sich die Arbeitszeitverkürzungskampagne des DGB mit grundsätzlichen Problemen auseinandersetzen hat, die die Durchsetzung



erschweren: die fundamentale Verunsicherung zu Inhalt und Organisation von Arbeit und Freizeit, die alle Arbeitszeitmodelle relativieren; unterschiedliche Interessenlagen der verschiedenen Gruppen der Arbeitsbevölkerung, die unterschiedliche Arbeitszeitverknüpfungsmodele favorisieren; und damit letztlich eine Unentschlossenheit über den politisch richtigen Weg, der eine geschlossene Mobilisierung erschwert. Eine solche Kampagne muß daher auch als Anstoß zur Diskussion und als Druck auf Entscheidungen verstanden werden.

III. Bedeutung und Probleme der gewerkschaftlichen Arbeitszeitkampagne

Angesichts der bedrohlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, angesichts der Tatsache, daß keine Tendenzen zur Vollbeschäftigung absehbar sind und auch nicht erreichbar erscheinen und angesichts der Tatsache, daß die herrschenden wirtschafts- und sozialpolitischen Dogmen eher auf eine Polarisierung in leistungsfähige Sektoren / Menschen und schlecht verwaltete Armut abzielen, ist die Er kämpfung von Arbeitszeitverkürzung ein brisantes und zentrales gesellschaftspolitisches Projekt. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit strebt die Gewerkschaft an:

- die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die Humanisierung der Arbeit durch Verringerung der Belastungszeit und Ausdehnung der Erholungszeit,
- die Gesellschaft zu gestalten im Sinne der Entfaltung der Persönlichkeit und der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben.

Im Vordergrund der Kampagne steht die Idee des gesellschaftlichen Solidarausgleichs, der Abschwächung der Polarisierung zwischen im formellen Sektor Beschäftigten und Arbeitslosen, was gleichzeitig eine politische Trendwende bedeuten würde. Die Kampagne konzentriert sich auf das Ziel der Verringerung der Arbeitslosigkeit im volkswirtschaftlichen Rahmen. Dabei muß die gewerkschaftliche Arbeitszeitkampagne in Beziehung gesetzt werden zur Wirtschaftspolitik der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft und zu den staatlichen Beschäftigungsprogrammen. Erst die Kombination aller drei Maßnahmenbereiche ergibt einen realen Beschäftigungseffekt. Da gerade die Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit arbeitssparende Rationalisierungsinvestitionen und lohnkostensparende Personal- und Sozialpolitik eher zu Arbeitsplatzabbau führen, wäre bereits die Erhaltung der bestehenden Zahl von Arbeitsplätzen durch AZV ein Erfolg. Das bedeutet, daß auf mittlere Sicht über AZV das bestehende Ausmaß an Dauer- und Massenarbeitslosigkeit realistisch gesehen kaum verringert werden kann. Modellrechnungen geben nun für verschiedene AZV-Maßnahmen folgende Arbeitseinsparungswirkungen an:

Eine Wochenstunde	600 000 APs
Eine Urlaubswoche	500 000 APs
Einführung des 10. Schuljahres	300 000 APs
Altersgrenze bei 60 Jahren für Männer und 58 Jahren für Frauen	300 000 APs

20 % mehr Teilzeitarbeit 350 000 APs
 Ein Erziehungsjahr 300 000 APs

(Mertens 1982 nach Gabriel, S. 104)
 Diese Modellwirkungen treten auch ein, werden aber nur wirksam, wenn die sonstigen Bedingungen gleichblieben. Diese sonstigen Bedingungen sind aber so gravierend und unkalkulierbar, daß — wie die Vielzahl von veröffentlichten Positionen aus der letzten Zeit zeigen — ganz gegensätzliche Einschätzungen vorgenommen werden.

Zu diesen Bedingungen gehören z. B. der Rationalisierungs- und Intensivierungseffekt von AZV, die Weiterentwicklung technologischer Rationalisierung, die Personalpolitik der Betriebe und das Arbeitsmarktverhalten verschiedener Beschäftigtengruppen. Darüberhinaus natürlich die generelle Wirtschaftsentwicklung und die staatliche Maßnahmenpolitik.

Meines Erachtens lassen sich daraus zwei Schlußfolgerungen ziehen:

Erstens, daß eine Arbeitszeitverkürzung nicht direkt auf eine feste Zahl gesicherter bzw. geschaffener Arbeitsplätze umgerechnet werden kann. Solche Berechnungen können zur Demonstration der grundsätzlichen Wirksamkeit herangezogen, nicht zum Beweis real eintretender Effekte wie z.B. die Zahl der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Andere intervenierende Faktoren, auf die die Arbeiterbewegung kaum Zugriff hat, können die quantitativen Effekte z.B. völlig aufsaugen. So ist durchaus eine weiter ansteigende registrierte Arbeitslosigkeit bei stufenweiser Verkürzung der Wochenarbeitszeit möglich.

Zweitens darf diese Unsicherheit über die Realeffekte nicht zu der Einstellung führen, daß Arbeitszeitverkürzung eine wirkungslose und marginale Maßnahme sei. Gerade bei der Unkalkulierbarkeit der anderen Einflußfaktoren kommt der Arbeitszeitverkürzung als eigenständigem Kampfmittel der Arbeiterbewegung zentrale Bedeutung zu. Arbeitszeitverkürzung setzt unzweifelhaft Arbeitsvermögen frei. Die Frage ist nur, wodurch und wie dieses freie Arbeitsvermögen in den Betrieben ersetzt wird und was die Arbeitszeitverkürzung für die Beschäftigten bringt. Die Arbeiterbewegung kann mit diesem Kampfmittel ihr eigenes soziales Verständnis von Solidarität und Gleichheit dokumentieren und über eine kollektive Regelung auch durchsetzen. Damit stellt sich die Frage der Kontrolle der Effekte der AZV, wie sie mit betrieblichen und sektoralen Beschäftigungsgarantien angesprochen wird.

Aus der Reihe von Problemen der Formulierung einer einheitlichen Strategie und einer dementsprechenden Mobilisierung und Durchsetzung sollen nun abschließend einige exemplarisch herausgegriffen werden:

a. Lohnausgleich

Es scheint unbezweifelbar, daß z.B. eine sofortige allgemeine AZV auf die 35-Stunden-Woche, der die stärksten Beschäftigungseffekte beigemessen werden, nicht ohne erhebliche ökonomische Brüche realisiert und unter bestehenden Kräfteverhältnissen auch nicht durchgesetzt werden kann, wenn sie voll aus den Lohnfonds der Betriebe finanziert würde. Auf der anderen Seite ist ein voller Lohnverzicht in Höhe des verkürzten Zeitvolumens für die Mehrzahl der Einkommensbezieher nicht möglich, insbesondere in einer Phase, in der der Reallohn

Entwicklung des Terminalbestandes in Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	1971		1978		1979	
	Stück	%	Stück	%	Stück	%
Industrie	474	13	48.600	39,2	61.000	40,8
Handel	408	11	14.000	11,3	18.000	12,0
Banken,			16.500	13,3		
Versicherungen	809	23	15.150	12,2	18.000	12,0
Dienstleistungen	1.654	46	11.550	9,3	18.000	12,0
Öffentliche Verwaltung	29	1	7.200	5,8	20.000	12,9
Wissenschaft und Forschung	211	6	6.600	5,3	9.000	6,0
Sonstige	15	-	4.400	3,6	6.600	4,0
	3.600	100,0%	124.000	100,0%	150.000	100,0%

Quelle: Diebold, Der Markt 1977, S. 58

Festzustellen ist, daß gerade der öffentliche Bereich — vergleicht man die Jahre 1978 und 1979 — den größten Entwicklungssprung zu verzeichnen hat.

- nach der Verteilung auf verschiedene Wirtschaftszweige

Entwicklung der Bürocomputerinstallationen in Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	1970		1977		1979	
	Stück	%	Stück	%	Stück	%
Industrie			28.500	43,2	43.700	42,7
Baugewerbe	11.200	56,0	2.000	3,0	2.500	2,5
Handel	4.380	21,9	19.000	28,8	28.000	27,4
Banken und Versicherungen	1.460	7,3	2.000	3,0	3.000	2,9
Dienstleistungen	700	3,5	8.000	12,1	13.800	13,7
Öffentliche Verwaltung	1.200	6,0	3.500	5,3	7.000	6,9
Sonstige	1.060	5,3	3.000	4,6	4.000	3,9
	20.000	100,0%	66.000	100,0%	102.000	100,0%

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung, 1981, S. 45

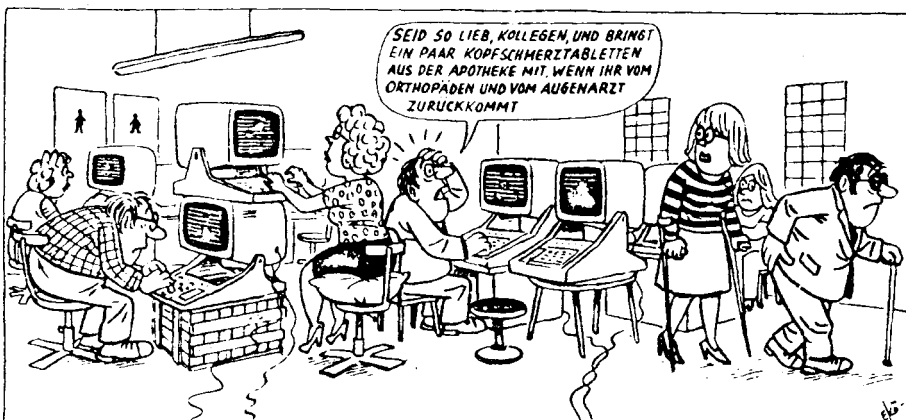
Hierbei ist auffällig, daß der Handel und der Dienstleistungsbereich die höchsten Steigerungsraten zu verzeichnen haben.

- nach dem heutigen Terminalbestand

Terminalbestand und -absatz nach Geräteart

Geräteart	Bestand	Wert	Durchschnittl.	Absatz 1977	
	1.1.1978 Stückzahl	1.1.1978 Mio. DM	Preis/DM	Stückzahl	Mio DM
Bildschirmterminals	91.100	1.294,1	14.200	15.500	185,6
Druckerterminals	15.200	319,3	21.000	3.100	54,0
Mehrfunktionsterminals	8.260	322,4	39.000	3.200	108,8
Spezialterminals	9.440	495,0	52.400	2.800	131,6
Gesamt	124.000	2.430,8	19.600	24.600	480,0

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung, 1981, S. 46



Aus: „Gewerkschaftliche Umschau“.

seit drei Jahren nicht gehalten werden konnte. Wo hier der Kompromiß liegt, welches Gewicht dem Lohn als betrieblichen Kostenfaktor und welches Gewicht ihm als individuelles Einkommen und gesellschaftliche Nachfrage zukommt, kann nur politisch entschieden werden. Die Gewerkschaft kann aber politisch über das Prinzip des Lohnausgleichs entscheiden und hier bietet sich wie bei der Umverteilung von Arbeit das Prinzip des Solidarausgleichs an, daß nämlich für die Masse der niedrigen (Haushalts-) Einkommen ein voller Lohnausgleich gefordert wird, während für die wenigen Hocheinkommen ein Abschlag für die nächsten Lohnarbitraverhandlungen angeboten wird. Hier liegt die Substanz der Solidargemeinschaft, die von den bestgestellten Gewerkschaftsmitgliedern — und d.h. von einer Schicht mit einem sehr geringen Organisationsgrad — Abstriche am erreichten Wohlstand fordert. Eine solche Veränderung der Lohnstruktur wird auch auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmen stoßen und erfordert daher ein hohes Maß an Durchsetzungsfähigkeit. Das setzt m.E. voraus, daß der Erfolg der AZV, d.h. die Sicherung von Arbeitsplätzen, auch wirklich konkret festgeschrieben werden kann.

b. Beschränkung auf Beschäftigungseffekte

Es ist schon ausgeführt worden, daß eine Arbeitszeitkampagne, die allein auf volkswirtschaftlich errechnete Arbeitsplatzeffekte setzt, nie genau wird nachweisen können, daß und wie sie erfolgreich war. Sie kann nur argumentieren, u.a. mit Hinweis auf frühere und ausländische Erfahrungen, daß es andernfalls noch schlimmer gekommen wäre. Diese notwendige Hauptstoßrichtung der Argumentation muß perspektivisch durch konkrete und weitere Elemente einer Arbeitszeitpolitik ergänzt werden:

— *Kontrolle und Gestaltung der Arbeit, insbesondere der Leistungsintensivierung.* Zurecht steht die Befürchtung, daß ein erheblicher Teil der Effekte einer AZV durch Leistungssteigerung und Produktivitätssteigerung der „Restarbeit“ aufgefressen wird. Unter sonst gleichbleibenden betrieblichen Bedingungen wird AZV ohne Zweifel zur Verdichtung der Restarbeit und d.h. zu höherer Arbeitsbelastung, zur weiteren Schließung der Poren des Arbeitstages führen. Nur eine — über bisherige Regelungen z. B. im Akkordbereich hinausgehende — Kontrolle der Arbeitsorganisation und Leistungsanforderungen kann diese Geneffekte verhindern.

— *Kontrolle von Mehrarbeit.* Ein Hauptargument gegen die 35-Stunden-Woche seitens der Beschäftigten liegt darin, daß über die tarifliche Arbeitszeit die Mehrarbeit/Überstunden nicht kontrolliert wird; allein der Abbau von Überstunden würde ca. 250 000 Vollzeit-Arbeitsplätze schaffen (Haller). Dagegen steht eine zweite Argumentation, daß nämlich für eine Vielzahl von Lohnarbeitern Entgelte für Mehrarbeit zu einem unverzichtbaren, regelmäßigen Einkommensbestandteil geworden sind. Überstunden haben den Charakter eines gelegentlichen Zusatzeinkommens verloren. Beide Argumentationen sind berechtigt und verweisen auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Überstunden/Sonderschichtenregelung, sowie auf die Bedeutung eines abgestuften Lohnausgleichs. Nur durch vollen Lohnausgleich für die unteren Einkommenschichten kann der materielle Zwang zur Annahme von Überstunden verringert werden.

— *Gestaltung von Freizeit.* Starke Argumente insbesondere gegen die Verkürzung der Tagesarbeitszeit beziehen sich darauf, daß dieses geringe, zusätzliche Zeitquantum mühelos von bestehenden Zeitverpflichtungen aufgesogen wird, ohne daß ein qualitativer Erholungs- oder Gestaltungseffekt eintritt. Der notwendige Zeitaufwand für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz, für Einkäufe, für bürokratische Erledigungen, für die Organisation des Familienlebens etc. ist mit der hohen Arbeitsteilung und Spezialisierung und der kapitalistischen Vermarktung ohne Zweifel gestiegen. Obwohl viel erledigt wird, sind die Resultate für die Persönlichkeitsentwicklung, die Steigerung der persönlichen Freizeit und die Teilnahme am öffentlichen Leben eher zweifelhaft. Von daher erfordert die AZV eine begleitende Gesellschaftspolitik, die gezielt den Zeitaufwand für die Reproduktion vermindert und sinnvolle Gestaltungsmöglichkeiten anbietet (z.B. in den Bereichen Verkehrspolitik, Kultur- und Bildungspolitik, Ladenschlußzeiten).

All diese Elemente einer umfassenden Arbeitszeitpolitik zielen darauf, daß ohne eine Stärkung der Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten in Arbeit und Freizeit auch die beste Arbeitszeitverkürzung nicht die angestrebten Effekte der Entlastung, des Gesundheitsschutzes, der persönlichen Entwicklung und Freiheit haben werden. Freie Zeit heißt gestaltbare Zeit und es ist ein verbreiteter Irrtum, daß Disco, Urlaub auf Hawaii, Videospiele u.ä. die höchste Form von Freizeit in diesem Sinne sind. Dem liegt auch eine, gesellschaftlich begründete, aber inhumane Trennung von Arbeit und Freizeit zugrunde. Statt nach diesem Verständnis Arbeit als entfremdete, mög-

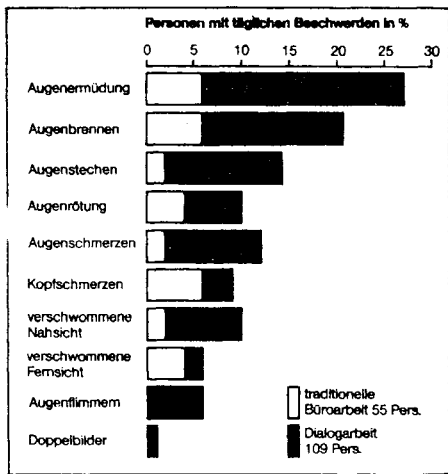
lichst zu verringernde Zwangstätigkeit im Betrieb festzuschreiben und danach zu keiner sinnvollen Arbeit mehr für sich und sein soziales Umfeld fähig zu sein, sollte eine erweiterte Arbeitszeitpolitik auch enthalten, wieder mehr gestaltbare Zeit in die Arbeitszeit einzubauen. Diese Zeit ist dringend notwendig, um wieder mehr Einfluß auf die Gestaltung von Arbeit zu bekommen: Informationszeit und Bildungszeit (über betriebliche Rechte, über Rationalisierung und neue Technologien, über ökonomische Entwicklungen), „Mitbestimmungszeit“ als Zeit für kollektive Meinungsbildung, Strategiefindung und Durchsetzung, Kommunikationszeit.

Mit diesen Erweiterungen, die wesentlich von den neuen sozialen Bewegungen thematisiert wurden, ist nicht gemeint, daß alle Elemente einer Arbeitszeitpolitik gleichzeitig und umfassend verwirklicht werden müssen und können. Allerdings ist wichtig, daß nicht dem einen Hauptaspekt, der volkswirtschaftlichen Beschäftigungssicherung, alle anderen Elemente vorschnell geopfert werden; dann könnte sich die AZV-Kampagne als Bumerang erweisen.

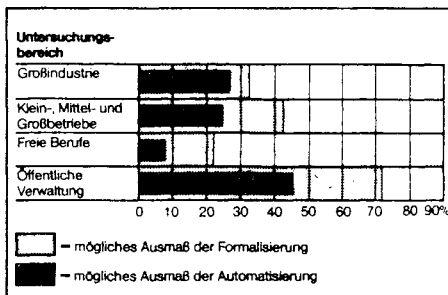
Die erhebliche kollektive Arbeitszeitverkürzung ist ein entscheidendes, aktuell politisches Projekt zur Abschwächung der gesellschaftlichen Polarisierung. Sie muß sich auf die unterschiedlichen und sich verändernden Einstellungen der verschiedenen Gesellschaftsgruppen beziehen. Sie darf dabei nicht zu neuen Standespolitiken und damit zu einer Schwächung und evtl. Spaltung der Arbeiterbewegung führen. Dies gilt auch in der Frage unterschiedlicher Prioritätensetzung, die sich im DGB abzeichnen. So votieren bisher die IG Metall, Drupa, Postgewerkschaft, HBV, Holzarbeitergewerkschaft und GEW eindeutig für die 35-Stunden-Woche, während die IG Chemie, IGBSE, IAGE, NGG und IG Textil gemeinsam einen Vorstoß bei der Bundesregierung für eine vorgezogene Ruhestandsregelung unternommen haben. Hierin drücken sich mit der Krise deutlicher hervortretende gewerkschaftspolitische Auffassungen und Politikverständnisse aus. Ein Erfolg in der Arbeitszeitfrage könnte diese auseinanderstrebenden Kräfte in einer gesellschaftspolitischen Umorientierung zusammenführen.

Ausgewählte, weiterführende Literatur zur Arbeitszeitverkürzung:

- Michael Bolle/Peter Grottian (Hg.), Arbeit schaffen - jetzt!, Reinbek bei Hamburg 1983
- Claus Offe/Karl Hinrichs/Helmut Wiesenthal (Hg.), Arbeitszeitpolitik - Formen und Folgen einer Neuverteilung von Arbeit, Frankfurt 1982
- WSJ-Arbeitsmaterialien, Arbeitszeitverkürzung, Düsseldorf 1983
- Bartelheimer, Peter, 35 Stunden sind genug, Frankfurt/M. 1982
- Otto Jacobi/Eberhard Schmidt/Walther Müller-Jentsch (Hg.), Arbeitskampf um Arbeitszeit - Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1979/80, Berlin 1979
- Jürgen Rindersbacher, Neue Arbeitszeitregelungen - Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Arbeitsleben, Wissenschaftszentrum Berlin, IIVG/dp 81-221
- sowie die Periodika der Einzelgewerkschaften und der Arbeitgeberverbände.



D.8.2 Vergleich der Augenbeanspruchung bei herkömmlicher Büroarbeit und Dialogarbeit am Bildschirmgerät. Werte nach: LÄUBLI u. a. 1980



D.7.10 Formalisierbarkeit und Automatisierbarkeit von Bürostatistiken. Werte nach: KREUZER 1980, 161